Stadt Staßfurt

Typ: Anfrage
Status: erledigt
Stand: 06.04.2017

Fachdienst/Serviceeinheit: 20 - SE FuB
Bearbeiter/in: Herr Köpper

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport 01.03.2017

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben 02.03.2017

Ortschaftsrat Förderstedt 06.03.2017

AF 467/2017

öffentlich

Anfrage:

FDP-offene Liste

Welche Vor- oder Nachteile ergeben sich aus einer Privatisierung des Eigenbetriebes (zukünftige Planungen)

Beantwortung:

Die Privatisierung des Eigenbetriebes kann in verschiedener Weise erfolgen:

1. Formelle Privatisierung

Die Rechtsform wird in eine Gesellschaft des Privatrechts umgewandelt, wobei das städtische Eigentum weiterhin besteht. Diese auch Organisationsprivatisierung genannte Form ist häufig im Bereich der Daseinsvorsorge der Fall, wenn etwa auf kommunaler Ebene sogenannte Eigengesellschaften gegründet werden. Da hier die Eigentumsverhältnisse unberührt bleiben, wird bei dieser schwächsten Form der Privatisierung auch von „unechter Privatisierung“ gesprochen.

2. Materielle Privatisierung

Man spricht hier auch von einer Aufgabenprivatisierung, weil vormals von der Stadt übernommene Aufgaben an die Privatwirtschaft abgegeben werden. Diese weitestgehende Form der Privatisierung wird auch als „echte“ oder auch als „eigentliche“ Privatisierung beziehungsweise als „Privatisierung im engeren Sinn“ bezeichnet. Materielle Privatisierungen erfolgen durch die Veräußerung öffentlicher Unternehmen oder anderem öffentlichen Vermögen an Private.

Nachfolgend eine Gegenüberstellung der Organisationsformen Eigenbetrieb – GmbH mit Nennung von Vor- und Nachteilen, wobei bei der GmbH auf eine formelle Privatisierung abgestellt wird.

Die konkreten Auswirkungen müssten ggf. gutachterlich ermittelt und dargestellt werden.

	Öffentliche rechtliche Organisationsform	Privat rechtliche Organisationsform
Form	Eigenbetrieb	GmbH
Kurzbeschreibung	Wirtschaftliches Unternehmen einer Stadt – rechtlich Teil der Stadtverwaltung, organisatorisch und finanziell aber selbständig	Handelsgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und körper-schaftlicher Organisation, die zu jedem gesetzlich zulässigem Zweck errichtet werden und einem öffentlichen Zweck dienen kann. Die GmbH kann im kommunalen Bereich sowohl für wirtschaft-liche Unternehmen als auch für nichtwirtschaftliche Einrichtungen Verwendung finden (128 KVG)
Rechtlich	Unselbständig – keine eigene Rechtspersönlichkeit, Handlungen werden der Gemeinde zugerechnet, daher ist für grundsätzliche Entscheidungen der Gemeinderat bzw. für grundsätzliche Rechtsgeschäfte der Hauptverwaltungsbeamte (z. B. BM) zuständig	Selbständig – kann eigene Geschäfte abschließen
Organisatorisch	Selbständig	Selbständig
Gesetzliche Grundlage	Eigenbetriebsgesetz bzw. Eigenbetriebsverordnung Konkretisiert durch Betriebssatzung KVG	Handelsgesetzbuch (HGB) Das GmbH-Gesetz ist in Bezug auf die GmbH lex specialis zu den Vorschriften des Handels-gesetzbuches und des Bürger-lichen Gesetzbuches. Mit seinen Strafvorschriften

		gehört das GmbH-Gesetz auch zum Nebenstrafrecht.
Leitung	Betriebsleitung – ihr obliegt die laufende Betriebsführung, Vertretung des Betriebes und die Vollziehung von Beschlüssen des Betriebsausschusses	Geschäftsführer
Organe	Betriebsleitung Betriebsausschuss – die Zusammensetzung wird vom Rat bestimmt Stadtrat	Geschäftsführer Gesellschaftsversammlung, kontrolliert die Geschäftsführung und ist gegenüber Geschäftsführer weisungsberechtigt Aufsichtsrat (ist grundsätzlich fakultativ)
Finanzwirtschaft	Selbständig – kommunales Sondervermögen mit eigener Kassen- und Kreditwirtschaft, eigener kfm. Buchführung, eigener Gewinn- und Verlust-Rechnung. Ein eigener Wirtschaftsplan wird aufgestellt, dieser besteht aus Erfolgs-, Vermögens-, Stellen- und Finanzplan	Kfm. Jahresabschluss
Mindestkapital	Kein Mindestbetrag – angemessenes Stammkapital 30 – 40 %	25.000,-- €
Haftung	Trägerkommune unbeschränkt	Stamm- / Eigenkapital
Personal	Öffentliches Dienstrecht Eigener Stellenplan	Eigene Personalwirtschaft
Mitbestimmung	PersVG Personalrat Mitwirkung Ausschuss	BetrVG MitBG Betriebsrat

Steuerliche Auswirkungen	Bei BGA § 4 KGST	KGST, UstG Steuerpflicht kraft Rechtsform Umsatzsteuer!
Einfluss des Rates	Rat bestimmt die Zusammensetzung des Ausschusses <u>(voller Einfluss)</u> Betriebssatzung kann für Rat und/oder Ausschuss weitgehende Weisungsrechte und Entscheidungsvorbehalte gegenüber Werksleitung auch für die laufenden Geschäfte vorsehen Eigenbetrieb hängt von den Weisungsbefugnissen und Entscheidungsvorbehalten des Rates ab	§ 131 Abs. 1 KVG Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung werden vom Rat entsandt, diese sind an die Beschlüsse des Rates gebunden § 131 Abs. 3 KVG Die Gemeinde kann den Gesellschaftervertrag so gestalten, dass ein Recht besteht, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden <u>(angemessener Einfluss)</u> Steuerung über die Gesellschafterversammlung möglich, ist die Gemeinde alleinige Gesellschafterin, so kann sie der Geschäftsführung grundsätzlich Weisungen in beliebiger Art und Dichte erteilen, kein generelles Weisungsrecht des Aufsichtsrates; in der Gesellschaftssatzung können aber konkret zu benennende Angelegenheiten von der Zustimmung des Aufsichtsrates abhängig gemacht werden volle Eigenständigkeit durch organisatorische Ausgliederung
Vorteile	Durch die organisatorische und finanzwirtschaftliche Verselbständigung wird einerseits eine Unternehmensführung nach	Findet die bei Städten, Gemeinden und Kreisen weiteste Verbreitung als privatrechtliche Organisationsform, da das

	<p>kaufmännischen Gesichtspunkten ermöglicht, andererseits besteht trotzdem eine sehr enge Verbindung zwischen Eigenbetrieb, Verwaltung und Rat, so dass die Einheit der Kommunalverwaltung nicht in Frage gestellt wird und eine ausreichende Kontrolle durch die Kommune sichergestellt ist</p>	<p>GmbH-Recht durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages <u>im Einzelfall</u> breiten Spielraum lässt und damit weitestgehend Wünsche und Bedürfnisse des Gesellschafters Kommune Berücksichtigung finden können.</p>
<p>Nachteile</p>		<p>Einflussmöglichkeiten der Stadt bzw. des Rates finden nur in angemessener Weise Berücksichtigung</p> <p>Gründungsformalitäten sind aufwendig, notarielle Beurkundung (z. B. des Gesellschaftsvertrages) ist notwendig</p>

Sven Wagner
Oberbürgermeister